



Newsletter

Nr. 31/2025

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die Herbstferien sind für viele eine willkommene Atempause – Zeit für Familie und in der Natur. Auch ich habe die letzten Tage genutzt, um in meinem Wahlkreis mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, Ihre Anliegen aufzunehmen und neue Kraft für die kommenden Wochen zu schöpfen. Denn eines ist klar: Wir haben viele Punkte auf der Agenda, die wir unbedingt zeitnah umsetzen möchten.

In Berlin stehen zentrale Weichenstellungen bevor. Ob für einen gerechten Sozialstaat, ein verteidigungsfähiges Deutschland und eine erfolgreich eingeleitete Migrationspolitik – wir entscheiden jetzt über die Zukunft unseres Landes. Die Herausforderungen sind groß, aber die Chancen ebenso. Ich bin überzeugt: Mit Mut, Klarheit und dem Willen zur Zusammenarbeit können wir unser Land weiter voranbringen.

Und genau das haben wir in den letzten Monaten getan. Wir haben wichtige Entscheidungen auf den Weg gebracht – in Infrastruktur und Klimaschutz, in digitale Bildung und in die Stärkung unserer sozialen Sicherungssysteme. Mit der Modernisierungsagenda des Bundes setzen wir uns für ein schnelles, digitales und handlungsfähiges Deutschland ein. Unser Ziel ist es, eine grundlegende Modernisierung, eine Verwaltungsreform sowie einen umfassenden Rückbau der Bürokratie zu erreichen. In sämtlichen Politikfeldern arbeiten wir Stück für Stück an der Umsetzung des Koalitionsvertrages, und das nicht nur in diesem Herbst, wie es von der Presse vielmals aufgegriffen wurde, sondern seit Beginn dieser Legislaturperiode.

Nun wünsche ich Ihnen und Ihren Familien eine gute und erholsame Herbstzeit, mit der nötigen Zeit, während der Herbstferien innezuhalten.

Herzlichst

Janein Warken



Für eine zukunftsfähige Pflegepolitik

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir im Bereich der Pflege erheblichen Handlungsbedarf haben. Aufgrund des demografischen Wandels gehen wir zukünftig von steigenden Zahlen bei Pflegepatienten und Krankenhauspatienten aus. Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass der Pflegeberuf attraktiver wird. Pflegerinnen und Pfleger kümmern sich mit Einsatz und Herzblut um die Menschen – sie sind das Rückgrat unserer Gesundheitsversorgung und verdienen daher unsere Wertschätzung und faire Arbeitsbedingungen. Vom Engagement der Pflegerinnen und Pfleger habe ich mir bei verschiedenen Besuchen in Pflegeheimen deutschlandweit selbst ein Bild gemacht, dieser Austausch hat mich tief beeindruckt und berührt.

Im vergangenen Monat habe ich im Bundeskabinett zwei elementare Gesetze vorgelegt, die entscheidend sind für eine zukunftsfähige Pflegepolitik. Es ist daher wichtig, dass beide Gesetze im Kabinett beschlossen wurden und nun Gegenstand parlamentarischer Beratungen sind. Dabei handelt es sich zum einen um das „Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege“ und das „Pflegefachassistenztgesetz“.

1. Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege

Das erste Gesetz hat zum Ziel, qualifizierten Pflegekräften mehr Aufgaben zu übertragen, die aktuell noch Ärztinnen und Ärzten vorbehalten sind. Dazu zählen etwa die Wundversorgung sowie das Management von Diabetes und Demenz. Ich bin der Meinung, dass die Expertise der Pflegefachkräfte stärker genutzt werden muss, denn sie arbeiten täglich mit ihren Pflegebedürftigen und kennen daher die individuelle Lage, die täglichen Herausforderungen, mögliche Erkrankungen und Bedürfnisse bestens. Ein weiteres Element dieses Gesetzes ist die Bürokratiebremse, die wir für den Pflegesektor beschlossen haben. Der Umfang der Pflegedokumentation wird damit auf das notwendige Maß begrenzt. Ich höre stets, dass Pflegefachkräfte zu häufig mit Bürokratie belastet werden, wodurch weniger Zeit für die eigentliche Pflege und die Arbeit mit den Menschen bleibt. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Entbürokratisierung in der Pflege unerlässlich ist, denn jede Minute, die sich eine Pflegekraft weniger mit Bürokratie und Formularen beschäftigt, ist eine gewonnene Minute für ihre Pflegebedürftigen.

Das Gesetz wurde in der letzten Sitzungswoche im Oktober bereits in erster Lesung von den Abgeordneten beraten und ist nun Gegenstand parlamentarischer Beratungen. Ich bin sicher, dass wir hier zeitnah eine tragfähige Lösung finden werden.

2. Pflegefachassistenzeinführungsgesetz

Die Personalnot in der Alten- und Krankenpflege bereitet mir Grund zur Sorge. Wir möchten mehr junge Menschen für den Pflegeberuf begeistern, um die Pflegepolitik zukunftsweisend zu machen. Daher sorgen wir mit diesem Gesetz für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Pflege. Die bisherigen 27 unterschiedlichen, landesrechtlich geregelten Ausbildungen zu Pflegeassistentberufen, werden zu einer einheitlichen bundesweiten Ausbildung zusammengeführt. Die Pflege braucht faire Arbeitsbedingungen. Ich begrüße es sehr, dass wir damit ebenso eine einheitliche Vergütung für die Pflegeassistanzausbildung beschlossen haben. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir im Bereich der Pflege erheblichen Handlungsbedarf haben. Hier wird deutlich, dass es konkrete Verbesserungen im Pflegeberuf geben muss, um das Pflegefachpersonal zu entlasten und den Beruf attraktiver zu machen. Es handelt sich um einen längst überfälligen Schritt. Ich schätze es sehr, dass die Wertschätzung für die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger endlich Hand in Hand mit konkreten Maßnahmen und Verbesserungen im Arbeitsalltag einhergeht.

Die Sportmilliarde kommt



Bildquelle: Tobias Koch

Auf die Plätze, fertig, los! Mit der Veröffentlichung des Förderaufrufs fiel am 16. Oktober der Startschuss für die Sportmilliarde, mit der Turnhallen, Bolzplätze und sonstige Sportstätten in unserem Land schnell saniert werden können. Ich freue mich über einen großen Schritt hin zur Stärkung der Sportinfrastruktur, womit ein direkter Beitrag zur Förderung der Gesundheit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland geleistet wird.

Für das Jahr 2025 stehen im neuen Bundesprogramm erstmals 333 Millionen Euro bereit. Bis zum 15. Januar 2026 können Städte, Gemeinden und Landkreise Projekt-skizzen beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) einreichen. Die Förderquote beträgt bis zu 45 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, in finanziell schwächeren Kommunen bis zu 75 Prozent. Damit tragen wir dazu bei, die längst überfällige Modernisierung von Sportstätten voranzutreiben und das Ehrenamt entscheidend zu fördern.

Die deutsche Staatsangehörigkeit steht am Ende der Integration



Bildquelle: CDU Deutschland

Mit den Entscheidungen zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts beenden wir die sogenannten „Turboeinbürgerungen“ der Vorgängerregierung. Dies ist ein weiterer Baustein, um Anreize und Auswirkungen illegaler Migration nachhaltig zu reduzieren.

Die Einbürgerung steht für Zugehörigkeit, Verantwortung und Teilhabe und für die höchste Anerkennung, die unsere Gesellschaft vergeben kann. Allerdings gehen damit auch Rechte und Pflichten in unserer Gesellschaft einher. Sie muss daher am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen. Drei Jahre bis zur Einbürgerung sind zu kurz. Integration braucht Zeit, Sprache und tatsächliche Verwurzelung in unserer Gesellschaft. Mit der Abschaffung der sogenannten „Turboeinbürgerung“ korrigieren wir einen zentralen Fehler der Ampel-Regierung. Wir geben dem deutschen Pass den Wert zurück, den er verdient – und den sich die Menschen in unserem Land für ihn wünschen. Die CDU steht für eine Einbürgerung mit Augenmaß: nicht überstürzt, sondern getragen von echter Identifikation mit unserem Land und dem Verständnis für unsere Werte und unsere Rechtsordnung. Denn nur so entsteht langfristig ein gesellschaftlicher Zusammenhalt, der auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruht.

Wir zünden den Bau-Turbo



Bildquelle: CDU Deutschland

Wohnen ist die neue soziale Frage, egal ob in Städten oder ländlicheren Gegenden, ob für Familien oder Alleinstehende – bezahlbarer Wohnraum ist schwierig zu finden. Mit dem sogenannten „Bau-Turbo“ (Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung) wird den Gemeinden ermöglicht, von aufwändigen und kostentreibenden Vorschriften des Baugesetzbuches abzuweichen. Der Bau von Wohnungen soll dadurch deutlich beschleunigt und kostengünstiger werden. Wir haben dafür gesorgt, dass der Bau-Turbo für alle Wohnungsbauvorhaben gilt, egal ob Einfamilienhaus oder Wohnhaus mit mehreren Wohneinheiten. Das ist uns wichtig, denn Kommunen vor Ort wissen selbst am besten, durch welche Gebäude der Bedarf an Wohnraum bei ihnen am besten gedeckt werden kann.

Der nächste Schritt ist eine große Baugesetzbuch-Novelle. Diese ist in Vorbereitung. Denn völlig klar ist: Die Bauvorschriften müssen strukturell und dauerhaft entschlackt und auf Schnelligkeit und Effizienz getrimmt werden. Eine befristete Ausnahmeregel wie der Bau-Turbo kann nur eine Zwischenlösung sein.

Nach der Zustimmung des Deutschen Bundestags hat der Bundesrat am 17. Oktober 2025 abschließend beraten und den Weg für den Bau-Turbo freigemacht. Mit der Rückendeckung der Länder beschleunigen und vereinfachen wir den Bau bezahlbaren Wohnraums.

Das Ehrenamt stärken!



Bildquelle: Büro Warken

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft – mit dem Zukunftspakt Ehrenamt erhalten Ehrenamtliche endlich wichtige Verbesserungen und Erleichterungen für ihre tägliche Arbeit. Mit dem von der Bundesregierung beschlossenen „Zukunftspakt Ehrenamt“ werden Rahmenbedingungen optimiert, Bürokratie wird abgebaut und der Aufwand für Ehrenamtliche wird deutlich geringer.

Die Ehrenamtspauschale steigt von 840 auf 960 Euro, die Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro jährlich. Die Haftungsprivilegierung für Ehrenamtliche wird auf 3.300 Euro ausgeweitet. Gemeinnützige Organisationen profitieren von einer erweiterten Einnahmengrenze, die von 45.000 auf 100.000 Euro pro Jahr steigt, und die Freigrenze aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb wird auf 50.000 Euro angehoben.

Damit wird der konsequente Einsatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Stärkung des Ehrenamtes fortgeführt. Bereits ergriffene Maßnahmen sollen deshalb künftig durch einheitliche Regelungen im Bereich des Datenschutzes ergänzt werden. Es geht darum, das freiwillige Engagement für die Zukunft attraktiv und nachhaltig zu gestalten.

Women@cdu kommunal



Bildquelle: Steffen Böttcher

Was die CDU als Kommunalpartei ausmacht, sind die Menschen vor Ort, die ihre Gemeinschaft gestalten wollen und sich für unsere Werte einsetzen – Frauen sind eine tragende Säule in unserer Partei. Etwa 300 von ihnen kamen deshalb auf Einladung der stellvertretenden Generalsekretärin Christina Stumpp in Berlin zusammen, um sich gemeinsam über kommunalpolitische Themen auszutauschen und sich zu vernetzen. Im Fokus stand dabei auch die Sicherheit von Frauen, denn Gewalt gegen Frauen und Mädchen nimmt in Deutschland weiter zu. Das Thema steht bei uns weiterhin ganz oben auf der Agenda! Konkrete Maßnahmen, die wir als Union bereits in der vergangenen Legislaturperiode eingebracht haben und die sehr zeitnah umgesetzt werden, ist etwa die Novelle des Gewaltenschutzgesetzes, das eine gerichtliche Anordnung der

Fußfessel nach spanischem Recht vorsieht. Denn es ist nicht akzeptabel, dass sich viel zu oft das Recht des Stärkeren durchsetzt und nicht die Stärke des Rechts. Die dritte Jahresveranstaltung von women@CDU #KOMMUNAL war sehr eindrücklich und produktiv, es hat mich gefreut, dabei sein zu können und so noch mehr Frauen für das kommunale Engagement und für die CDU zu begeistern.

Felix Diemer schlüpft in die Rolle eines Bundestagsabgeordneten



Bildquelle: Büro Warken

Einmal selbst Abgeordneter sein und schauen, wie sich das so anfühlt? Felix Diemer aus Distelhausen konnte genau das gemeinsam mit über 250 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet beim Planspiel „Jugend und Parlament“ erleben. Gemeinsam mit den anderen Teilnehmern im Alter von 17 bis 20 Jahren übernahm er für vier Tage die Rolle von fiktiven Abgeordneten in drei fiktiven Fraktionen. Zur Debatte standen vier fiktive Gesetzesentwürfe. Mit neuem Namen, neuer Biografie und politischer Position ausgestattet, debattierten die jungen Erwachsenen Gesetzesentwürfe, kämpften um Mehrheiten, erlebten Fraktionsdisziplin und Ausschussarbeit – fast wie im echten Parlamentsalltag. Bei der abschließenden Debatte im Plenarsaal, die von Mitgliedern des realen Bundestagspräsidiums geleitet wurde, traten Rednerinnen und Redner aus allen Spielfraktionen an das Pult des Plenarsaals und versuchten, Mehrheiten für ihre politischen Anliegen zu gewinnen.

Praktikum im Bundestag



Bildquelle: Büro Warken

In den vergangenen Wochen hat mich Luis Willich aus Bad Mergentheim hier in Berlin begleitet und einen Einblick in den politischen Alltag bekommen. Neben der Arbeit in meinem Abgeordnetenbüro konnte er auch Plenarsitzungen und die Ausschussarbeit miterleben und bei vielen spannenden Terminen und Gesprächen einen Blick hinter die Kulissen werfen.

Luis nahm an Arbeitsgruppensitzungen teil, konnte die Ausschussarbeit der CDU/CSU-Fraktion miterleben und hat mich bei der Terminplanung im Wahlkreis und bei der Pressearbeit tatkräftig unterstützt. Danke für dein Engagement!



CDU Mosbach – Zur Zukunft der Gesundheitsversorgung



Bildquelle: Büro Warken

Auf Einladung des CDU-Stadtverbandes konnte ich mich intensiv über die kommenden Reformen im Gesundheitswesen austauschen, sei es das Krankenhausanpassungsgesetz oder die geplante Apothekenreform. Im Fokus standen dabei besonders die Herausforderungen hinsichtlich der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Als Wahlkreisabgeordnete für Odenwald-Tauber bin ich mir bewusst, dass hier einiges anzugehen ist. Ich nutzte die Chance, mich mit Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Für den konstruktiven Austausch bei mir zu Hause bedanke ich mich herzlich. Umso mehr bin ich überzeugt, dass wir als Bundesregierung einen Weg finden werden, die notwendigen Reformen anzugehen, auch wenn dies manchmal ein intensives Ringen um gute Lösungen bedeutet. Am Ende ist das für mich die Essenz unserer Demokratie, die Herausforderungen, vor denen wir stehen, im Dialog und mit hart erkämpften Kompromissen zu bewältigen, stets mit dem gemeinsamen Ziel, die bestmögliche Lösung für unsere Gesellschaft zu finden.

Einweihung Mülldeponie Buchen



Bildquelle: Büro Warken

In meinem Wahlkreis konnte ich ebenfalls einige Termine wahrnehmen. Besonders habe ich mich gefreut, nach zwei Jahren wieder in Buchen bei der Deponie Sansenhecken zu sein. Vor zwei Jahren habe ich dort einen Förderbescheid des Bundes überreicht, nun konnte ich die fertiggestellte Anlage anschauen. Hier wird Klimaschutz konkret. Dieses Projekt ist weit mehr als ein technisches Vorhaben – es steht für Verantwortung, Fortschritt und nachhaltiges Handeln in unserer Region. Wenn wir über Lebensqualität sprechen, denken viele zuerst an Bildung, bezahlbaren Wohnraum oder an die medizinische Versorgung. Woran kaum jemand denkt, ist die Abfallwirtschaft. Allerdings sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass eine moderne und leistungsfähige Abfallwirtschaft keinesfalls selbstverständlich ist. Besonders wie sie hier abläuft: hocheffizient, geräuschlos und ressourcenschonend.

Die In-situ-Stabilisierung von Siedlungsabfalldeponien sorgt für eine umweltfreundliche Behandlung direkt vor Ort. Die Nutzung der Methangase vor Ort, die einen autarken Deponiebetrieb mit „grünem Strom“ ermöglichen, ist ein gelungenes Beispiel für Kreislaufwirtschaft. So spart der Neckar-Odenwald-Kreis erheblich CO2 ein. Ich bin dankbar, dass wir für dieses Projekt Fördermittel des Bundes erhalten haben, um so unsere Abfallwirtschaft klimafreundlicher zu gestalten. Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine Gegensätze, sondern gehen Hand in Hand. Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Ginter, dem Team der AWN und KWIN sowie allen Beteiligten, die zur Realisierung dieses Projektes beigetragen haben. Gemeinsam gestalten wir eine nachhaltige Zukunft – für unsere Umwelt, unsere Region und

Klinikbesuch in Wertheim und Bad Mergentheim



Bildquelle: Büro Warken

Ich durfte ebenfalls im Bürgerspital Wertheim und dem Caritas-Krankenhaus Bad Mergentheim zu Gast sein, beide Einladungen habe ich gerne angenommen, um mir ein Bild der Gesundheitsversorgung und der Herausforderungen vor Ort zu machen. Ich habe großen Respekt vor dem Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger, die sich im Falle Wertheims für den Erhalt des Klinikums eingesetzt haben. Dies geht einher mit der Linie, die die Bundesregierung verfolgt. Wir wollen den Kliniken mehr Freiräume geben, um die Krankenhausreform praxistauglicher zu gestalten.

Im Caritas Krankenhaus Bad Mergentheim war ich sehr beeindruckt von den Investitionen in die Zukunft, die hier getätigt werden. Mit dem kürzlich erfolgten Spatenstich blickt das Krankenhaus gen Zukunft und legt einen wichtigen Eckpfeiler für eine moderne Gesundheitsversorgung.

Bei meinen Besuchen heute habe ich deutlich gemacht, dass wir den Ländern bei der Umsetzung der Krankenhausreform so gut es geht unter die Arme greifen möchten. Ebenso bestärken mich diese Besuche in meiner Überzeugung, dass wir diese Reformen vor Ort erklären und die Auswirkungen der Krankenhausreform praxisnah gestalten müssen, denn uns alle eint das Ziel, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen, unabhängig von der Postleitzahl.



Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion Neckar-Odenwald-Kreis



Bildquelle: Büro Warken

Bei der Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion des Neckar-Odenwald-Kreises, lag der Schwerpunkt insbesondere auf dem Thema kommunale Haushaltsplanung und kommunale Finanzen. Ich habe mich gefreut, hier zu aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene zu sprechen. In dieser Legislaturperiode haben wir ein starkes Zeichen für unsere Kommunen gesetzt. Kommunen sind unmittelbar von den Entscheidungen betroffen, die wir auf Bundesebene treffen. Ihre Belange müssen berücksichtigt werden und Verantwortliche müssen wir rechtzeitig in den Prozess der Entscheidungsfindung einbeziehen. Ich habe deutlich gemacht, dass es mit dieser Regierung längst nicht bei Zeichen und Signalen bleibt, wir haben bereits Taten folgen lassen. Die Ausgangslage ist dabei alles andere als einfach, unsere Kommunen haben im vergangenen Jahr ein Rekorddefizit von 24,8 Mrd. Euro verzeichneten müssen. Mit dieser finanziellen Lage wird es zunehmend schwierig, dem Anspruch der kommunalen Selbstverwaltung gerecht zu werden. Tiefgreifende strukturelle Reformen sind notwendig, um unsere Kommunen finanziell gut aufzustellen. Der Bund hält, was er verspricht, und hat erste Eckpfeiler gesetzt – allen voran mit dem Bundeshaushalt 2025 – die kommunal relevanten Haushaltspositionen steigen wieder an. Nachdem die Kommunen in der vergangenen Wahlperiode wenig Unterstützung durch den Bund erfuhrten, greifen wir ihnen wieder unter die Arme. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders den im Sommer verabschiedeten Investitionsbooster hervorheben. Der Bund kompensiert die daraus resultierenden Steuermindereinnahmen der Kommunen vollständig. Das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Bekenntnis zur Veranlassungskonnexität „Wer bestellt, der bezahlt“ wird konkret. Die dazugehörige Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen, die Kommunen begleiten diesen Prozess engmaschig. Rundum haben wir uns im Rahmen des Zukunftspaktes Bund, Länder und Kommunen bereits an die Arbeit gemacht, auch wenn noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Fotogalerie



Bildquelle: Frauen Union Deutschland



Bildquelle: Steven Vangermain/Landesgruppe



Bildquelle: Xander Heinl
Empfang der Frauen Union zum Thema Bildung ist der Schlüssel



Apothekenbesuch in Esslingen



Interview zur "Stadtbild"-Debatte



Festumzug der Martini Messe in Tauberbischofsheim